

von Frankfurt zum Beispiel kommen 2400 Mark städtische Schulden.

Die Gemeinden beziehen vier Fünftel ihrer Steuereinnahmen aus der Gewerbesteuer, deren Ertrag vom Wohlergehen der Unternehmen abhängig ist. Überdies sind die Segnungen der Gewerbesteuer grotesk unterschiedlich verteilt: Die VW-Stadt Wolfsburg hatte 744 Mark je Einwohner zur Verfügung, die Landeshauptstadt Hannover nur 348 Mark, München 275 Mark, Kiel sogar nur 203 Mark.

Franz-Josef Strauß verhiess nun dem Bundesvolk, er werde das windschiefe Finanz-Gerüst graderichten. Seine Reform enthält drei Hauptstücke:

▷ Künftig sollen Universitätsbau, Verbesserung der regionalen Bedingungen für Industrie und Landwirtschaft sowie der Küstenschutz im Grundgesetz zu „Gemeinschaftsaufgaben“ Bonns und der Länder erklärt werden, an deren Finanzierung sich der Bund mindestens zur Hälfte beteiligt;

▷ zu der Einkommensteuer soll auch die Umsatzsteuer, die jetzt dem Bund allein zufließt, in den gemeinsamen Topf gelegt werden, Bonn und Länder sollen an der Gesamtsumme im Verhältnis 56:44 teilhaben;

▷ die Gemeinden sollen auf einen Teil der Gewerbesteuer verzichten, dafür aber Zuwendungen aus der Einkommensteuer erhalten.

Baden-Württembergs Landes-Chef Dr. Hans Filbinger nannte die Strauß-Vorlage „nicht genügend durchdacht und keineswegs beschlußreif“, Dr. Weinberger vom Städtetag „einen Schock für die Städte, denen das Wasser bis zum Rathausurm steht“. Tatsächlich ist vorauszusehen, daß weder die Länder noch die Gemeinden das Entscheidende bekommen: mehr Geld.

Die Gemeinschaftsaufgaben wurden auch bisher schon weitgehend von Bonn mitfinanziert. Das Angebot von Strauß, auch die Umsatzsteuer zu teilen, läßt die Länder kalt; denn zugleich würde ihr Anteil an der Gemeinschaftskasse auf 44 Prozent sinken, und die Einkommensteuer, von der sie derzeit 63 Prozent erhalten, steigt im Konjunktur-Aufschwung schneller als die Umsatzsteuer.

Die Gemeinden fanden in der Vorlage nur „unverbindliche Aussagen über den Betrag“, um den ihre Steuererlöse erhöht werden sollen. Optimistische Schätzer kamen auf allenfalls 1,3 Milliarden Mark mehr im Jahr, und das erst von 1970 an. Pessimist Dr. Weinberger vom Städtetag rechnete aus: Nach dem Strauß-Modell würden in Nordrhein-Westfalen elf Städte zusammen 27 Millionen Mark jährlich mehr einnehmen, 26 Städte aber zusammen 240 Millionen Mark verlieren, darunter allein Köln 47 Millionen Mark.

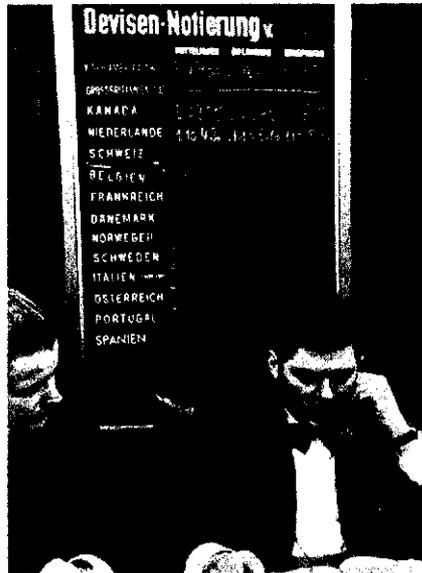
Die Reform mußte unverbindlich bleiben, weil

▷ kein Beteiligter zugunsten eines anderen auf Einnahmen verzichtet hatte;

▷ neue oder höhere Steuern vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr nicht in Frage kamen.

Ob die Reform rasch verwirklicht werden kann, ist ungewiß. Zwar werden sich die Länder noch vor Ostern im Bundesrat mit dem Entwurf befassen, aber er regelt nur die notwendigen Grundgesetzänderungen. Sechs Ausführungsgesetze sind noch in Arbeit, und Strauß hat sich in seiner Reform-Eile der vollen Zustimmung von Ländern und Gemeinden nicht versichert.

FDP-Emde meint, der Regierung Kiesinger bleibe „nicht genug Zeit, um aus diesem schlechten Vorschlag gute Lösungen zu machen“. Emde: „Die Finanzreform ist genauso epochemachend wie die ganze Große Koalition.“



Devisenbörse in Frankfurt
Flucht aus dem Dollar

GOLD-SPEKULATION

Barbarisches Metall

Die Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt (Degussa) in Frankfurt, Deutschlands größte Edelmetall-Schmelze, teilte am Freitagmorgen letzter Woche mit, sie habe den Goldverkauf eingestellt. Zur gleichen Stunde wiesen die Zentralen der deutschen Banken ihre Filialleiter an, kein Barrengold mehr an die Kundschaft auszugeben.

An deutschen Flughäfen konnten amerikanische Touristen und Geschäftsreisende nur noch bis zu 200 Dollar in D-Mark umtauschen. Deutsche Firmen, die versuchten, ihre US-Devisen abzugeben, erhielten sogar von ihren Hausbanken eine Absage.

Die Dresdner Bank in Bonn erklärte gegen Mittag, sie wisse keinen Kurs für den Dollar mehr. Touristen, die ihre „Greenbacks“ gegen Mark tauschen wollten, wurden getröstet: „Wir

geben Ihnen erst mal so viel, wie Sie fürs Wochenende brauchen.“

Am Freitag letzter Woche zogen die dunkelsten Stunden für die Leitwahrung der westlichen Welt herauf. Der Dollar, dem jahrzehntlang der Glanz einer schöneren Welt anhaftete, wurde an allen Devisenplätzen wie Rupien aus dem Hungerland Indien oder Piaster aus dem verbrannten Vietnam verschmäht.

Die globale Flucht aus dem Dollar in das Gold, die seit Monaten die internationalen Devisenmärkte erschüttert, gipfelte in Panik. In London, Zürich und Johannesburg schlossen die Goldbörsen ihre Pforten.

Noch in letzter Minute versuchten Spekulanten in Frankfurt, vom Dollar auf Gold umzusteigen. Sie boten bis zu 40 Mark je Unze Aufpreis.

Noch nie seit der großen Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre wurde das internationale Währungssystem derart erschüttert. Seit 1934 war als einzige Valuta der Dollar an das „barbarische Metall“ (so der britische Währungs-Lord Keynes) gebunden. Durch Gesetz verpflichtete sich das US-Schatzamt, jederzeit eine Unze Feingold (31,1035 Gramm) gegen 35 Dollar herauszurücken.

Eine jahrzehntlangé Dollarknappheit in einer von Wirtschaftskrisen und Kriegen ausgepowerten Welt sorgte dafür, daß Amerika das Gold nicht ausging. Um die begehrten Hartdevisen zu erhalten, waren alle Notenbanken der Welt bereit, ihr Gold dem US-Schatzamt anzubieten.

Dank der günstigen, nach Kriegsende von Amerika festgesetzten Wechselkurse kauften amerikanische Unternehmen Firmenbeteiligungen in allen Ländern. Bis Ende letzten Jahres investierten US-Konzerne insgesamt 57 Milliarden Dollar im Ausland.

Der Krieg in Vietnam und die globalen Finanzverpflichtungen der auf Anti-Kommunismus eingeschworenen Vereinigten Staaten aber untergruben die goldene Basis des Dollars. Je mehr Amerika seine Leistungskraft strapazierte, desto stärker kehrten sich die Finanzströme um. Seit Anfang der sechziger Jahre schickten Europas Notenbankiers nicht mehr Gold, sondern präsentierten Dollar und verlangten Gold zum amtlichen Kurs.

Um Amerikas Währung vor den Käufen internationaler Spekulanten zu schützen, hatten 1961 acht führende Industrieländer der Welt in London einen Notfonds eingerichtet*. Ihre Mitglieder beschickten die Kasse nach einem festgesetzten Quotensystem mit insgesamt 1,08 Milliarden Mark Gold (Bundesrepublik: 119 Millionen Mark). Sobald der Vorrat zur Neige ging, mußten die Goldkonsorten entsprechend ihrer Quote Metall nachschieben.

Das System des Goldpools freilich funktionierte nur so lange, wie sich seine Mitglieder einig waren. Als erster scherte Frankreich aus. Charles de Gaulle beschloß, die Grande Nation

* Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweiz, Vereinigte Staaten.

zu vergolden, und wurde der Welt gefährlichster Edelmetall-Spekulant.

Im Juni letzten Jahres ließ er Washington wissen, die amerikanische Intervention in Vietnam mache es ihm unmöglich, über den Londoner Goldpool weiterhin den Dollar zu stützen.

Seither setzte die Spekulation in aller Welt mit voller Schärfe ein. Allein im vergangenen Jahr mußte Amerika seinen Goldhort in Fort Knox um Billionen Mark erleichtern. Bis Donnerstag letzter Woche leerte sich die einst bis oben hin gefüllte Betonburg bis auf einen Rest von elf Milliarden Dollar Gold. Von diesem Vorrat war nur noch eine halbe Milliarde Dollar frei verfügbar. Der Rest diente als gesetzliche Währungsreserve: Ein Viertel aller umlaufenden Dollarnoten mußte durch Gold gedeckt sein (Viertel-Deckung).

Alle Beschwichtigungen der amerikanischen Regierung und der noch im Goldpool verbliebenen europäischen Staaten, am Fixpreis von 35 Dollar je Unze Feingold festzuhalten, fruchteten aber nichts mehr. Die internationale Spekulation rechnet seit langem mit einer Erhöhung des Goldpreises. Zudem argwöhnen die Händler, Amerika werde den unbegrenzten Goldexport in alle Welt durch ein Embargo stoppen.

So wurden allein am vergangenen Donnerstag in London 225 Tonnen Gold von Spekulanten aufgekauft. Der amtliche Dollarkurs fiel bis fast auf den untersten sogenannten Interventionspunkt, bei dem alle Pool-Partner unbegrenzt Dollar gegen Gold oder harte Devisen aufkaufen müssen.

Goldfieber und Dollarpanik griffen an allen europäischen Börsenplätzen um sich. Die Bundesbank in Frankfurt beispielsweise kaufte am Donnerstag letzter Woche für mehrere hundert Millionen Mark Dollar am deutschen Devisenmarkt auf, um den Kurs zu stützen. Die Frankfurter Devisenbörse schloß mit dem niedrigsten Kurs seit Jahrzehnten: 3,975 Mark je Dollar.

Die Spekulation riß das gerade erst abgewertete Pfund Sterling mit sich. Die italienische Regierung teilte Washington mit, sie könne am Londoner Goldmarkt nur noch dann weiterhin Dollarhilfe leisten, wenn die USA ihr die Verluste später ersetzen.

Am Donnerstagabend begann in Londons Downing Street Nummer 10, dem Sitz des britischen Premiers Wilson, der Fernschreiber zu ticken. Amerikas Präsident Lyndon Johnson bat, für den folgenden Tag den Londoner Goldmarkt zu sperren. Die Vereinigten Staaten waren mit ihrem Gold am Ende und erhöhten drastisch die Kreditzinsen. Zur gleichen Zeit hob der US-Senat die Viertel-Golddeckung auf. Damit verschaffte er dem amerikanischen Schatzamt die letzte Möglichkeit, seine gesetzliche Pflicht zu erfüllen und Gold für Dollar zu geben.

Um ein Uhr nachts verfügte Königin Elizabeth II. die Goldsperre. Weil Wilson seinen Außenminister George

Pohlschröder



Der Schlüssel zum Erfolg

**Denken!
Durchdenken!
Mitdenken!
Vorausdenken!**



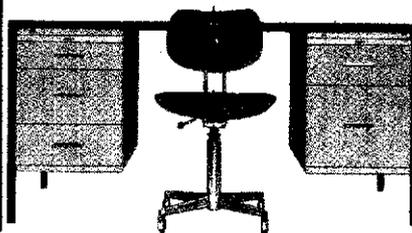
Daran erkennen Sie unsere Planer!

Pohlschröder-Planer sind erfahrene Berater auf dem Gebiet der Büroplanung und Organisation. Für spezielle Aufgaben wie Büro- und Büroraumplanung, Informations- und Kommunikationsforschung stehen Ihnen unsere Spezialisten zur Seite. Um Ihr Unternehmen zu rationalisieren. Um in Ihrem Unternehmen Leerzeiten zu verringern. Um Ihr Unternehmen heute für morgen zu gestalten. Rationelle Organisationsplanung macht sich bezahlt. Wenn Planer am Werk sind, die denken können. Pohlschröder-Planer.

Ob Büro-, Lager- oder Sicherheitseinrichtungen, Pohlschröder – der Schlüssel zum Erfolg.

**Pohlschröder & Co. KG.
46 Dortmund
Hannöversche Straße 22
Telefon (0231) 54011**

KONTAKT



Ich möchte mich näher unterrichten, wie durch Ihre Beratung die Rentabilität meines Unternehmens gesteigert werden kann. Bitte senden Sie mir vorab:

- Organisationstest
- Informationsmaterial
- an einer unverbindlichen Beratung bin ich interessiert.

Meine Adresse: _____

16/Sp/1

Brown nicht rechtzeitig informierte, trat Brown am Freitag zurück.

Der Appell aus Washington war für Paris das Signal, die Spekulation noch weiter anzufachen. An der amtlichen Pariser Goldbörse wurde der von Amerika verfügte Festpreis freigegeben. Binnen Stunden schossen die Notierungen von 35 Dollar je Unze Feingold auf 44,36 Dollar hoch. Damit ist der Grundpfeiler der US-Währungspolitik, der seit 34 Jahren unveränderte Dollar-Gold-Kurs, geborsten.

Am Freitagnachmittag um 13.30 Uhr bestieg Deutschlands Notenbankpräsident Karl Blessing die Boeing 707 des planmäßigen Lufthansa-Flugs 404 nach New York. Er folgte einer Blitzeinladung seines amerikanischen Kollegen William McChesney Martin. Wie Blessing eilten am Wochenende sämtliche Mitglieder des Goldpools nach Amerika, um die größte Währungskrise seit 1931 zu meistern.

Die Nachricht von dem Dollar-Deaster erreichte Deutschlands Bankinstitute bei Schalteröffnung am Freitag um 8.30 Uhr. Zunächst stoppten die Geldwechsler den Verkauf von Barren- und Gold. Die Filialen der Dresdner Bank in Hamburg erhielten außerdem Anweisung, nur bis zu 1000 Mark Goldmünzen je Kunde auszugeben. Vormittags um zehn Uhr kürzte die Bank das Kopfgold auf eine Münze.

Die Frankfurter Zentrale der Deutschen Bank ordnete Freitag mittag an, sie werde vorerst höchstens 25 Dollar in Mark eintauschen. Auch die Bank für Gemeinwirtschaft nahm ihren Kunden maximal 25 Dollar ab, „aus Gefälligkeit“. Die Commerzbank hatte am Vormittag ein Limit von 120 Dollar festgesetzt, nachmittags ging einige Stunden lang überhaupt nichts mehr.

SPD-PARTEITAG

Quatsch im Großformat

Der Vorsitzende Brandt ließ sich krank schreiben und ging ins Bett. Der Stellvertreter Wehner hüllte sich in Schweigen und ließ sechs Wochen lang die montägliche „Morgenandacht“, die Parole-Ausgabe in der Bonner SPD-Baracke, ausfallen. Der Fraktionschef Schmidt modellierte verstoßen am eigenen Profil und schrieb in Heimarbeit einen Gegenentwurf zum geplanten Programm-Papier seiner Partei.

Die Führungs-Troika der deutschen Sozialdemokraten hatte Bammel vor dem „seit Kriegsende bewegtesten SPD-Parteitag“ (Brandt), der diese Woche in Nürnberg die sozialdemokratische Zukunft plant.

Jeder der drei Obergewissen zitterte für sich allein. Längst war das Spitzen-Trio kein wahres Kollektiv mehr. Gestorben war die Solidarität. Die einst so disziplinierten Sozialisten redeten einander über nach.

Brandt über Wehner: „Der hat vielleicht Umgangsformen! Immer wenn er mit CDU-Partnern verhandelt, erklärt er erst einmal alle anderen Sozialdemokraten zu Arschlöchern.“

Dabei scheut sich Wehner keineswegs, den Genossen seine Verbalinjuren auch direkt ins Gesicht zu sagen. Doch schlimmer noch als jede Beschimpfung klingt aus seinem Munde das Verdikt: „Außerdem bist du ein Freund von Helmut Schmidt.“

Schmidt wiederum bemüht sich seit einem Jahr, Brandt 1969 ins Bundespräsidialamt wegzuloben: „Es darf nur nicht zu früh publik werden, sonst schaffen wir es nicht.“

Brandt nutzte vergangene Woche das Krankenlager und ein Holzbrett auf dem Deckbett zur Niederschrift seiner Parteitagssrede, für die er vor lauter Nürnberg-Scheu bis letzten Montag noch keine Zeile zu Papier gebracht hatte.

Denn die Genossen fordern von ihren Führern Rechenschaft über die Lage, in die das Regierungsbündnis mit Kiesingers Christdemokraten die SPD gebracht hat.



SPD-Chef Brandt
„Der hat vielleicht Umgangsformen!“

Die Bilanz nach 16 Monaten schwarz-roten Bonner Bundes sieht für die SPD schlimm aus:

- ▷ Landtagswahlen seit Eintritt in die Große Koalition von Bonn haben der SPD Verluste gebracht;
- ▷ für die Wahl in Baden-Württemberg Ende April prophezeien die Demoskopien der SPD das Abrutschen unter die 30-Prozent-Marke;
- ▷ bei Kommunalwahlen im Ruhrgebietskreis Unna und in der Stadt Hamm, vorwiegend Arbeiterbezirke, hat die SPD 6,1 und neun Prozent Stimmenanteil verloren, während die CDU im Rat von Hamm die absolute Mehrheit erungen hat.

Schriftlich formuliert, hat sich die Verdrossenheit der Genossen in 951 Anträgen von SPD-Ortsvereinen, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden an den Nürnberger Parteitag niedergeschlagen (Parteitag Köln vor sechs Jahren: 95 Anträge, Karlsruhe vor vier Jahren: 167, Dortmund vor zwei Jahren: 281).

Der Widerstand des Parteivolks richtet sich

- ▷ gegen die im Kabinett von CDU/CSU und SPD ausgehandelten Notstandsgesetze,
- ▷ gegen das von der SPD-Führung beim Koalitionsdeal mit der CDU/CSU anvisierte Mehrheitswahlrecht,
- ▷ gegen das Zögern der schwarz-roten Regierung, den Krieg der Amerikaner in Vietnam und das Militärregime in Griechenland zu verurteilen.

Der Gegenwind aus dem Lande hatte die Männer an der Parteispitze schon im letzten Herbst wachgemacht, noch bevor die Große Koalition ein Jahr alt war.

Als erster witterte Schmidt, welche Stimmung aufkam, und beschwichtigte: „Die Große Koalition ist auf Zeit verabredet. Sie ist nicht aller Tage Abend.“

Schmidt-Rivale Ehmke folgte nach: Er entwarf die „Strategie des begrenzten Konflikts“ mit der CDU und predigte fortan harte parteipolitische Distanzierung vom Koalitionspartner.

Nach der Godesberger SPD-Bundeskonzferenz im vorigen November, auf der die Parteiführung dem ersten Sturm vergeblich zu gebieten suchte, gestand SPD-Vize Herbert Wehner erstmals ein, daß aus seiner Großen Koalition kein Erfolgsunternehmen geworden war: „Es ist ein schauerlich schwerer Prozeß, daß dies alles getragen werden muß von zwei Partnern, die in den Grundfragen so gegensätzlich geblieben sind.“ Wehner gab zu: „Es hat gerade gereicht, die brennendsten Tagesfragen zu lösen. Zu mehr haben wir keine Kraft gehabt.“

Schon damals ließ der vorher allzeit starke Mann der SPD Resignation auch in seinem vielgerühmten Verhältnis zu Kanzler Kiesinger erkennen: „Er ist ein Mann, der sich treiben läßt und über allen Entscheidungen zögert.“

Des Kanzlers Führungsschwäche blieb seither in den hohen SPD-Zirkeln Tagesgespräch. Und die sozialdemokratischen Führer begannen zu erkennen, daß sie des Unmuts ihrer Genossen nur Herr werden können, wenn sie Kiesinger nicht länger vor aller Kritik abschirmen.

Als Vorsitzender Brandt am Dienstag letzter Woche vom Bonner AA grippekrank heim auf den Venusberg fuhr, ließ er seinen Stab unter dem Eindruck zurück, daß der Vizekanzler sogar einen Austritt seiner Partei aus der Regierung Kiesinger noch vor der Wahl 1969 nicht mehr ausschließe.

Der SPD-Chef hatte sich tags zuvor, wütend wie sonst selten, über die Stuttgarter Kanzlerrede vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU („Wir werden 1969 mit dem Partner in die Koalition gehen, der die Führungsverantwortung der CDU/CSU garantiert“) geärgert.

Der Vizekanzler sah seine alte Einschätzung des Kanzlers bestätigt. Brandt schon vor Monaten über Kiesinger: „Ein Quatschkopf von ungeheuren Ausmaßen. Quatsch im Großformat.“